

Michael Csaszkóczy
Zur Eröffnung der Ausstellung „Vergessene Geschichte“
Pädagogische Hochschule Heidelberg, 21. Juni 2017

Irgendwie ist es ein ganz besonderes Gefühl hier an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg eine Ausstellung zum Thema Berufsverbote zu eröffnen. Hier habe ich studiert und meinen Abschluss gemacht. Hier hat mir der damalige Rektor, Herr Austermann, im Jahr 2005 anlässlich des gegen mich verhängten Berufsverbotes Hausverbot gegeben, weil er annahm, sonst beim Kultusministerium in Ungnade zu fallen. Hier habe ich kurz darauf dann doch als Dozent Seminare geleitet – durfte also Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, aber keine Schülerinnen und Schüler unterrichten. Und hier habe ich begonnen, an meiner Promotion zu arbeiten, die ich dann, als ich nach jahrelangem Berufsverbot wieder unterrichten durfte, abgebrochen habe.

Aber auch für die PH als Institution geht es um eigene Erfahrungen: Wenn die PH heute dieser Ausstellung Raum gibt, dann stellt sie sich einem Teil ihrer eigenen Geschichte. Und das ist wichtig und notwendig.

Ich habe im Gespräch mit älteren Genossinnen und Genossen über ihre Berufsverbotszeit in den 1970er Jahren Dinge gehört, die mir nur all zu vertraut waren: Wie Kommilitoninnen und Kommilitonen, Dozentinnen und Dozenten leise und sacht, aber doch auch sehr merklich auf Distanz gingen, wenn das Verdikt „Staatsfeind“ erst einmal über einen verhängt war. Wie Sätze fielen, die mit den Worten begannen „Musstest du denn auch?“ oder „Irgendwas wird ja doch dran sein“. Neben den vielen, die sich abgewendet haben, gab es auch andere, die mir den Rücken gestärkt haben. Das waren beileibe nicht nur Menschen, mit denen man die politische Gesinnung teilte. Ich möchte an dieser Stelle beispielhaft meinen überaus geschätzten Geschichtsprofessor Armin Reese erwähnen, der vor zwei Jahren gestorben ist.

Eine verbreitete Reaktion war und ist heute noch ein „Gar nicht so genau wissen wollen“. Als ich vor vier Jahren begonnen habe, beim Inlandsgeheimdienst auf die Herausgabe meiner Akten zu klagen, zeigte kein einziger Kollege Interesse, auch nur einen Blick in die größtenteils geschwärzten hunderten Seiten von Geheimdienstakten zu werfen. Ich nehme das den KollegInnen keineswegs übel. Es beschreibt aber einen Mechanismus, den viele von uns Berufsverbotsbetroffenen kennen: Man will es lieber nicht so genau wissen, weil dieses Wissen zwangsläufig das als unverrückbar fest stehende Bild unseres Staates in Frage stellen müsste.

Mehr noch: Es würde erfordern, aktiv zu werden. Wollen wir wirklich in einem Staat leben, der Oppositionelle jahrzehntelang geheimdienstlich überwacht und ihre persönlichen und privaten Existenzen vernichtet?

Die Berufsverbote – das hat Martin schon erwähnt - zielten nicht so sehr auf diejenigen, die hauptsächlich unter ihnen zu leiden hatte. Die galten dem Staat ohnehin als „hoffnungslose Fälle“. Sie zielten auf die große Masse derer, die sich einschüchtern ließen, die aus Angst um ihre Zukunft bedacht waren, sich nur ja nicht mit all zu widerständigen Menschen einzulassen oder sich gleich ganz von der Politik abwandten.

Auch wenn die hier gezeigte Ausstellung in weiten Teilen eine historische ist: Das Thema Berufsverbote gehört keineswegs der Vergangenheit an. Als ich 2003 die Ladung zu meinem Verhör beim Regierungspräsidium bekam, wollten mir Viele schlicht nicht glauben. Der Radikalenerlass sei doch Geschichte. Tatsächlich lag der letzte „Fall“ vor Frau Schavans damaligem Vorstoß ungefähr 20 Jahre zurück. Aber die Gesetze, auf die der Radikalenerlass ebenso fußte, bestehen immer noch. Es sind Gesetze mit einer verhängnisvollen Geschichte, wie in der Ausstellung aufgezeigt wird. Und sie stehen jederzeit wieder zur Anwendung bereit. Erst vor Kurzem wurde dem Sozialwissenschaftler Kerem Schamberger eine Dozentenstelle an der Universität München verwehrt, weil der sogenannte „Verfassungsschutz“ wegen Schambergers Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei interveniert hatte. Als positives Zeichen ist es zu werten, dass sich die Münchner Uni über das Votum der Schlapphüte schlicht hinwegsetzte. Ein Grund zur Entwarnung ist das beileibe nicht. Es ist kaum anzunehmen, dass eine Schulbehörde – erst recht eine baden-württembergische – genau so viel Rückgrat bewiesen hätte.

Wenn wir über die Grundlagen der Berufsverbote sprechen, kommen wir nicht umhin, über die zwielichtigen Geheimdienstbehörden zu sprechen, die den Berufsverbietern ihr Futter liefern.

Erst vier Jahre nach meinem Berufsverbot habe ich erfahren, dass der sogenannte Verfassungsschutz genau zu der selben Zeit, als er alles daran setzte, mich zu bespitzeln und meine berufliche Existenz zu vernichten, mit über vierzig V-Leuten im direkten Umfeld der Mörderbande des NSU agierte.

Dass ein Beamter beim Mord Halit Yozgat in Kassel sogar selbst anwesend war und dennoch bis heute von den Innenbehörden geschützt wird. Dass eben dieser Verfassungsschutz die Naziszene auch weiterhin finanziert, gefördert und gedeckt hat.

Dieser Geheimdienst – nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut und geformt von alten Nazis im Geister der Kommunistenhutz und der Jagd auf alles, was links ist – ist nicht reformierbar. Er muss abgeschafft werden.

Ich möchte diesen Beitrag nicht beenden, ohne an einen Freund und Genossen zu erinnern, der sehr viel zum Entstehen dieser Ausstellung beigetragen hat und der nur zu gern heute hier gewesen wäre. Dieter Roth war Bundeswehrosoldat bis zum Jahr 1969, in dem er sich endgültig zum entschiedenen Kriegsgegner entwickelte und ein Lehramtsstudium begann. 1976 wurde ihm wegen seiner Mitgliedschaft im MSB Spartakus der Antritt zum Referendariat verwehrt. Das Berufsverbot hat Dieter, der manchmal mit geradezu bockigem Trotz an seinem Glauben an Rechtsstaat und Demokratie festhielt nicht nur in seiner Berufslaufbahn, sondern auch psychisch und psychosomatisch schwer getroffen. Geredet hat er lange Zeit dennoch nicht viel über das, was ihm widerfahren ist – bis im Jahr 2004 mein Berufsverbot kam und später unsere Initiative zum 40. Jahrestag des Radikalenerlasses begann, die Rehabilitierung der Berufsverbotsbetroffenen erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Seitdem war Dieter aus unserer Bewegung nicht mehr wegzudenken. Entschuldigt hat sich nie jemand bei ihm – weder einer der damaligen Schreibtischtäter noch irgendeine staatliche Stelle. Nun ist es zu spät dafür. Dieter ist heute vormittag – genau dem Tag, an dem wir diese Ausstellung eröffnen – gestorben.

Wir werden in seinem Sinne den Kampf um die Aufarbeitung dieses Teils der Unrechtsgeschichte der BRD weiterführen. Noch leben viele Betroffene, die noch zu ihren Lebzeiten zumindest eine öffentliche Geste des Bedauerns erwarten.

Tatsächlich wünschen auch wir uns einen souveränen Staat, auch wenn wir vielleicht etwas anderes unter dem Begriff verstehen: Souverän wäre ein Staat, der in der Lage ist, begangenes Unrecht einzugestehen und – wo das möglich ist – zu korrigieren